

Statement zum Industriestandort Hessen von
Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer Arbeitgeberverband
HessenChemie und
Gregor Disson, Geschäftsführer VCI Hessen

Frühjahrspressegespräch der Chemieverbände Hessen
am 19. März 2024
bei DECHEMA e.V., Theodor-Heuss-Allee 25, 60486 Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort.)
Sperrfrist: 19. März 2024 – 12:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Chemieindustrie spielt als Prozessindustrie eine Schlüsselrolle für den industriellen Erfolg in Deutschland und Hessen. Allerdings steht das bisherige Erfolgsmodell „**Made in Germany**“ **auf dem Prüfstand** und wir können noch nicht abschließend sagen, wohin das im Ergebnis führen wird.

Denn die Branche steht gleich vor mehreren Herausforderungen:

Konjunkturelle Schwierigkeiten, die wie eben von Herrn Coenenberg dargestellt mehrere Ursachen haben, eine Transformation hin zur CO₂-Neutralität, die viel Geld kostet und hausgemachte politische Fehlentwicklungen in Deutschland und Europa.

Die Folgen: Investitionen am hiesigen Standort bleiben aus oder werden verschoben, die Konjunkturerwartungen sind düster und die Unsicherheit in den Unternehmen wächst.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass der Bürokratieabbau – wie im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung verankert – schnell und effektiv umgesetzt wird.

Wir sagen es seit Jahren: Bürokratie behindert nicht nur die unternehmerische Entwicklung, sondern erstickt auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist fünf nach zwölf: Wir benötigen deshalb eine **Wachstumsagenda**, die Wirtschaft, Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes sicherstellt.

Wenn strukturelle Probleme vorliegen, dann helfen keine teuren Konjunkturprogramme – es muss sich vielmehr grundsätzlich etwas verändern!

Wir möchten kursorisch sieben wichtige Handlungsfelder für eine Wachstumsagenda aufzeigen. Dies machen wir verzahnt. **Herr Disson, Geschäftsführer des VCI**, beginnt zunächst mit den wirtschaftspolitischen Aspekten, die ich selbst dann anschließend um die sozialpolitischen Punkte ergänzen werde.

(Fortsetzung durch Herrn Disson)

Vorab sei die Bemerkung erlaubt, dass ein alles überspannendes Thema für unsere Branche **wettbewerbsfähige Energiepreise** sind. Zwar schreitet der Ausbau Erneuerbarer Energien voran, jedoch ist eine umfassende Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Konditionen derzeit noch nicht absehbar.

Notwendig ist die rasche **Umsetzung der Kraftwerksstrategie** sowie die staatliche Begrenzung der rasant steigenden Netzentgelte.

Hier erwarten wir seitens der Bundesregierung ein Umlenken und hoffen auf volle Unterstützung dazu von der hessischen Landesregierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stimme Herrn Coenenberg zu: Wir stehen an einem Wendepunkt, an dem entschlossenes Handeln und innovative Lösungen gefordert sind, um die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes zu stellen.

1. Wachstumschancengesetz und Ausweitung der steuerlichen F&E-Förderung

Angesichts der an diesem Freitag bevorstehenden Abstimmung im Bundesrat unterstreichen wir die Notwendigkeit der Verabschiedung des **Wachstumschancengesetzes**. Alles andere wäre nicht vermittelbar. Wir bitten die hessische Landesregierung, sich an dieser Stelle für die heimische Industrie einzusetzen.

Die **steuerliche Forschungszulage** ist für unsere Branche von erheblicher Bedeutung. Sowohl in Volumen als auch in der Höhe des Fördersatzes sollten keine schlechten Kompromisse gemacht werden. Der Fördersatz sollte von 25 auf 35 Prozent angehoben werden, das Volumen der F&E-Zulage von 1 Million auf 2,5 Millionen Euro erhöht und die Bemessungsgrundlage auf Sachkosten ausgeweitet werden. Das wären die ersten richtigen Maßnahmen für Innovations- und Investitionsanreize für den durch hohe Energiekosten sowie teure Rohstoffe stark unter Druck geratenen Standort Deutschland.

2. Förderung von Innovationen

Nur mit Innovationen kann ein rohstoffarmes Land wie Deutschland gegen die internationale Konkurrenz bestehen. Im Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) werden Empfehlungen ausgesprochen, wie der Forschungsstandort Deutschland zu stärken ist.

Wir bewerten diese wie folgt: **Forschung und Entwicklung** müssen wieder einen deutlich größeren Stellenwert in der Politik erhalten, Gesetze klar und forschungsfreundlich gestaltet werden.

Das gilt auch für den Einsatz von KI. Der Wettlauf um die KI-Vorherrschaft ist in vollem Gange und noch nicht entschieden. Wir haben noch eine Chance, in der ersten Liga mitzuspielen. Das kann aber nur gelingen, wenn das regulatorische Umfeld stimmt.

Den Empfehlungen des „Hessischen Zukunftsrats Wirtschaft“, dessen Weiterführung ausdrücklich im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, sollte gefolgt werden.

3. Stärkung der Gesundheitsindustrie

Wir freuen uns, dass der Koalitionsvertrag die Fortführung der Initiative Gesundheitsindustrie vorsieht und sich für gute Rahmenbedingungen für diese wichtige Industrie einsetzt. Es muss uns gelingen, dieser innovativen Branche genug Flächen und Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Mit Freude haben wir vernommen, dass ein international tätiges Pharmaunternehmen kürzlich eine sehr große Investition in der Region verkündet hat. Leider außerhalb der Grenzen Hessens. Die Hessische Landesregierung muss sich also noch stärker dafür einsetzen, dass neben dem Erhalt bestehender

Strukturen auch neue Investitionen und Ansiedlungen in unser Bundesland kommen.

Aktuell liegt dem Bundesrat ein Entschließungsantrag von Bayern und Baden-Württemberg zum Thema „**Verbesserung der Arzneimittelversorgung**“ mit einigen wichtigen Anliegen vor. Wir erhoffen uns seitens der Hessischen Landesregierung eine Unterstützung dieses Antrags.

Hessen sollte eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern in den Bereichen Arzneimittelversorgung und Arzneimittelindustrie einnehmen.

4. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Wir begrüßen, dass der Koalitionsvertrag Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungsverfahren zur Priorität erklärt hat.

Mit einer schnellen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes kann eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden.

Aktuell besteht hier ein Verzug von etwa 15 Monaten. Sinnvoll und wünschenswert wäre eine digitale Kollaborationsplattform, die Behörden und Unternehmen zu Partnern in der Bearbeitung macht.

Eine Plattform, die höchsten sicherheitstechnischen Standards gerecht wird (Stichwort Cyberkriminalität und Industriespionage) und bisherige Vorgänge automatisiert. Die Beteiligung Hessens am Programm ELiA halten wir für nicht zielführend. Die Hessische Landesregierung ist gut beraten, wenn sie diesen Prozess neu aufsetzt. Die Bedenken gegen ELiA sind bekannt und die Lösung wird dem wichtigen Thema nicht gerecht.

(Fortsetzung durch Herrn Meyer)

5. Reform der Sozialversicherungssysteme

Die **Sozialversicherungsbeiträge** haben die 40-%-Marke überschritten und werden voraussichtlich weiter steigen. Die Ampel muss daher jetzt ein Stoppschild aufstellen: Wir brauchen nachhaltige und ausgabensenkende Strukturreformen in allen Zweigen der Sozialversicherung, aber ganz besonders in der Kranken- und Pflegeversicherung. Zudem muss das Bürgergeld anreizgerechter gestaltet werden, um sicherzustellen, dass sich Arbeit tatsächlich auch lohnt!

6. Mehr Freiheit im Arbeitsrecht

Mehr **Freiheit und weniger Regulierung** – diese Forderung gilt auch im Arbeitsrecht. Die Ampel-Regierung muss mehr Beweglichkeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber schaffen: Wir brauchen eine Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeitbetrachtung, außerdem weiterhin Flexibilität beim Thema „Arbeitszeiterfassung“ sowie eine zeitgemäße Textform im Nachweisgesetz!

7. Vertrauen in die Wirtschaft

Wir wünschen uns mehr Vertrauen in die Wirtschaft. Unsere Branche steht zu den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten. Unsere Unternehmen halten sich an Recht und Gesetz. Außerdem haben wir in der Chemie längst einen eigenen Branchenstandard entwickelt. Ein Beispiel für gut gemeint, aber schlecht gemacht, ist die **EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie**. Trotz Änderungen mit Verbesserungen im Vergleich zum ursprünglichen Trilog-Ergebnis bleibt die Richtlinie hochproblematisch und birgt das große Risiko, die Wirtschaft bürokratisch zu überfordern. Die Enthaltung der Bundesregierung war richtig.

Apropos Europa:

Neben der **EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie** stehen in Brüssel zahlreiche weitere **Regulierungsvorhaben** auch in der Sozialpolitik an, die bereits verabschiedet wurden oder sich in der Pipeline befinden – mit **erheblichem Folgeaufwand für die Betriebe**: darunter die Lohntransparenzrichtlinie, die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, eine Richtlinie für Europäische Betriebsräte, eine Richtlinie zum mobilen Arbeiten und das Recht auf Nichterreichbarkeit oder eine Initiative für hochwertige Praktika. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wir sagen: Stoppt diese Regelungswut, bevor die Europa-Kritiker bei der Europawahl noch mehr Einfluss bekommen.

Meine verehrten Damen und Herren,

die hier aufgeführten Forderungen an die Politik sind nicht neu. Aber sie müssen JETZT endlich umgesetzt werden.

Wir appellieren daher an die Bundes- und Landesregierung, ein Umfeld zu schaffen, das Entbürokratisierung, Unternehmertum und Leistungsbereitschaft fördert und unseren Industriestandort für Fachkräfte attraktiv hält.

Ich komme zum Fazit:

Zum großen Teil sind die Probleme an unserem Wirtschaftsstandort hausgemacht. Notwendige Strukturreformen sind in den letzten Jahren leider ausgeblieben. Die Abgabenlast aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen steigt. Bürokratie und Regulierungen rauben den Unternehmen Zeit und schränken unternehmerische Freiräume ein.

Kurzum: Die Belastungsgrenze der Industrie ist deutlich überschritten!

Als hessische Chemieverbände plädieren wir deshalb für einen neuen Politikstil, der auf Pragmatismus, Schnelligkeit und Entbürokratisierung setzt – und zwar auf allen politischen Ebenen.

Am 9. Juni sind Europawahlen. Es gilt auch hier: Nur ein wirtschaftlich starkes und wettbewerbsfähiges Europa sorgt für eine nachhaltige Akzeptanz der Europäischen Union bei den Unternehmen und nicht zuletzt bei den Bürgern selbst.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!